

31.10.2012

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf
der Landesregierung
- Drucksache 16/300 -

2. Lesung

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2012 (Haushaltsgesetz 2012)

Einzelplan 04 - Justizministerium

Berichterstatter

Abgeordneter Dirk Wedel FDP

Beschlussempfehlung

Der Entwurf des Einzelplans 04 wird unverändert angenommen.

Datum des Originals: 31.10.2012/Ausgegeben: 05.11.2012

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Bericht

A Beratungsergebnis des Fachausschusses

Der Entwurf des Einzelplans 04 wurde vom

- Rechtsausschuss

beraten. Der Rechtsausschuss hat den Einzelplan 04 in seiner Sitzung am 24. Oktober 2012 abschließend beraten und abgestimmt. Änderungsanträge lagen dort nicht vor. Der Einzelplan 04 wurde mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN-Fraktion unverändert angenommen.

B Beratungsergebnisse der Berichterstatter des Haushalts- und Finanzausschusses

Ein Berichterstattergespräch war entbehrlich; es wurde vorab auf die Vorlage 15/1183 zum Haushaltsgesetz 2012 der 15. Wahlperiode hingewiesen.

C Abschließende Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss

Das für alle Einzelpläne zusammengefasste Ergebnis der Beratungen des Personaletats im Unterausschuss "Personal" ist der Vorlage 16/304 zu entnehmen.

Änderungsanträge lagen zu den Schlussberatungen des Unterausschusses „Personal“ nicht vor.

Die Beratungen zu diesem Bereich des Haushalts im Haushalts- und Finanzausschuss sind in dem Bericht zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 2012 - Drucksache 16/1200 - zu entnehmen.

Das Ergebnis der Beratungen einzelplanübergreifender Anträge ist in dem Bericht zum Einzelplan 20 - Drucksache 16/1220 - dargestellt.

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat sich am 31. Oktober 2012 abschließend mit dem Entwurf des Einzelplans 04 befasst. In der abschließenden Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses lagen zwei Änderungsanträge der PIRATEN-Fraktion zur Abstimmung vor. Das Ergebnis der Abstimmungen zu diesen Fraktionsanträgen ist im Anhang dargestellt.

D Gesamtabstimmung

In der Gesamtabstimmung wurde der Entwurf des Einzelplans 04 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP sowie der PIRATEN-Fraktion unverändert **angenommen**.

Christian Möbius
Vorsitzender

Anhang: Änderungsanträge einer Fraktion

Anlage: Veränderungsnachweis des Finanzministeriums (entfällt)
Änderungen in den Haushaltsansätzen (entfällt)

**Änderungsantrag zum Einzelplan 04
zum Haushaltsgesetz 2012**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
1	PIRATEN	<p>Kapitel 04 410 Titel 422 01 Titelbezeichnung Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten , Richterinnen und Richter</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>2012 von 264.366.700 Euro um 1.600.000 Euro auf 265.966.700 Euro</p> <p>Begründung: Aufgrund der hohen Zahl an Überstunden (+500.000 Std.) bedarf es einer Aufstockung der Stellen im Justizvollzugsdienstes. Die Überstunden können mangels ausreichender Stellen nicht abgefeiert werden, wodurch auch die Erkrankungsrate im Justizdienst steigt. Eine Schaffung von mind. 60 Stellen ist ein Schritt in die richtige Richtung.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein GRÜNE nein FDP nein PIRATEN ja</p>

**Änderungsantrag zum Einzelplan 04
zum Haushaltsgesetz 2012**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
2	PIRATEN	<p>Kapitel 04 410 Titel 422 02 Titelbezeichnung Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>2012 von 12.770.300 Euro um 500.000 Euro auf 13.270.300 Euro</p> <p>Begründung: Aufgrund der hohen Zahl an Überstunden (+500.000 Std.) bedarf es einer Aufstockung der Stellen im Justizvollzugsdienstes. Im Vorbereitungsdienst sind daher zusätzliche Stellen zu schaffen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein GRÜNE nein FDP nein PIRATEN ja</p>